

Gedankenaustausch



Blicken mit Spannung auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen zum Thema Kommunal-Soli: der Landtagsabgeordnete André Kuper und Landrat Sven-Georg Adenauer. Beim jüngsten Gedankenaustausch ging es auch um die Situation der Flüchtlinge.

Flüchtlinge und mehr

Kreis Gütersloh (gl/mn). Heute morgen verkündet der Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen in Münster sein Urteil in Sachen Kommunal-Soli. Allein 11 der 13 Kommunen im Kreis werden vom Land zur Unterstützung finanzschwacher Kommunen zur Kasse gebeten.

Kein Wunder, das dieses Thema beim jüngsten Gedankenaustausch zwischen dem CDU-Landtagsabgeordneten André Kuper und seinem Parteikollegen sowie Landrat Sven-Georg Adenauer mit auf der Tagesordnung stand. Zudem ging es unter anderem um die aktuelle Flüchtlingssituation. Um Asylsuchende fit für den Arbeitsmarkt zu machen, hat das Jobcenter einer Mitteilung zufolge einige beachtliche Erfolge erzielt. Es gebe jedoch auch viele Hindernisse, unter anderem die Sprachkenntnisse, waren sich

Kuper und Adenauer einig.

Auch beim Kommunal-Soli liegen sie auf einer Wellenlänge. Die finanziell besser dastehenden Kommunen, zu denen die im Kreis Gütersloh zählten, fühlten sich benachteiligt, weil sparsames Wirtschaften bestraft werde. Ob das Gericht das auch so sehen wird, bleibt abzuwarten. Beobachter gehen nach der mündlichen Verhandlung vor ein paar Wochen höchstens von einem Teilerfolg der klagenden Kommunen aus.

Kuper hatte im Juli eine Hochrechnung veröffentlicht, nach der elf Kommunen aus dem Kreis im nächsten Jahr 12,6 Millionen Euro zahlen müssten. Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung müsse man aufpassen, dass die Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen nicht behindert würden, so Kuper und Adenauer.